

### **Gesprächskreis wird kurzfristig direkten Dialog mit den Bürgern verstärken**

**Mainz/Wiesbaden, 30. Oktober 2008. In der dritten Sitzung des Gesprächskreises Ingelheimer Aue wurden die Weichen für die künftige Vorgehensweise gestellt. Die Teilnehmer waren sich einig, dass der Dialog im Gesprächskreis selbst weitergeführt werden müsse, darüber hinaus soll aber vor allem auch der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt werden. Dabei sollen vor allem mit dem geplanten Kraftwerksbau zusammenhängenden Ängste und Befürchtungen im Zentrum stehen.**

Der Gesprächskreis greift damit Anregungen der Bürgerinnen und Bürger aus Mainz und Wiesbaden auf. Diese hatten sich unter anderem am 18. Oktober anlässlich der Informationsstände des Gesprächskreises in der Römerpassage in Mainz und auf dem Mauritiusplatz in Wiesbaden sowie im Rahmen der Bürgerveranstaltung am 23. Oktober für mehr Information und Diskussion ausgesprochen – insbesondere zu möglichen direkten Auswirkungen des Kraftwerkbaus. Dazu werden kurzfristig weitere Bürgerforen und – Informationsveranstaltungen durchgeführt. Bei diesen Formaten sollen nicht nur verschiedenen Expertenmeinungen vorgestellt werden, sondern vor allem auch Fragen diskutiert und beantwortet werden. Weiter werden kritische Punkte aus den Bürgerveranstaltungen direkt auf die Tagesordnung des Gesprächskreises gesetzt. Ebenfalls sollen in den nächsten Wochen weitere Informationsstände des mobilen Bürgerbüros durchgeführt werden, die auf die Arbeit des Gesprächskreises hinweisen. Auch von hier aus können Themen und Meinungen direkt in den Gesprächskreis eingebracht werden. In diesem Zusammenhang besprach der Gesprächskreis das Fernbleiben einiger Kritikerorganisationen, insbesondere der Bürgerinitiativen „KeKoWi“

und „KoMa“. Kontrovers wurde dabei deren Forderung nach Ergebnisoffenheit des Dialogs wahrgenommen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass zwar die unmittelbare Frage des Kraftwerkbaus kaum noch ergebnisoffen diskutiert werden könne, da sie letztlich im Genehmigungsverfahren entschieden werde. Ergebnisoffen und gestaltbar seien aber vor allem Umfeldthemen und in die Zukunft gerichtete Fragen, wie zum Beispiel der regionale Energiemix 2030. Zusätzlich gab Dr. Olaf Thun einen Abriss über den aktuellen Stand des Genehmigungsverfahrens. Laut Dr. Thun stünden noch zwei Behördengutachten aus. Die Genehmigungsbehörde habe eine Entscheidung bis Ende November in Aussicht gestellt. Über das Bebauungsplanverfahren werde die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) entscheiden.